

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 10

Rubrik: SP intern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



SPintern

**Interner Informationsdienst für Sektionen, Kantonalparteien
Mandatäre, Kader, Mitglieder und Sektionsinfo-Redaktionen
Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Postfach 4084, 3001 Bern, Tel. 031/24 11 15, Telex 33 864
Redaktion: P. Graf, Presse- und Informationssekretär**

Bern, im Oktober 1981 (Beilage zu "Rote Revue", Nr. 10) Nr. 19

Im Blick auf den Parteitag **1981: Lediglich eine Zwischenetappe**

Die Vernehmlassung bei den Sektionen und Kantonalparteien über den Vorentwurf für ein neues Parteiprogramm der SPS hat zwei Dinge gezeigt: Eine Verabschiedung des vorliegenden Programm-Textentwurfs in Interlaken kommt auf keinen Fall in Frage. Aber ein Versenken der Hauptvision dieses Entwurfs, nämlich der Idee von Selbstverwaltung und Dezentralisation, wird aufgrund der Ergebnisse ebensowenig stattfinden. (Einige Resultate sind in diesem SP-Intern zu finden).

Wenn ich an die mühsamen und feindseligen Debatten denke, die in den Leitungsgremien der SPS noch vor einem Jahr zu diesem Programmentwurf geführt worden sind, stimmt mich der Vergleich zu heute schon fast optimistisch: Alle haben einen

Denkprozess durchlaufen. Frühere Gegner verstehen heute die Demokratie als neue Form der Selbstverwaltung von Macht. Und die Befürworter sehen auch eher die Grenzen einer gefährlichen Selbstverwaltungseuphorie.

Am Parteitag in Interlaken werden wir eine grosse Eintretensdebatte führen. Der Parteivorstand unterbreitet dem Parteitag neben dem Programmentwurf auch einen Text mit 10 Leitlinien für die Weiterarbeit. Diese Leitlinien sollen nicht etwa

Veranstaltungskalender

SP Kanton Basel-Stadt

- Seminar "Der rote Freitag"

SACHZWAENGE IN DER POLITIK

Referent: Hans-Ulrich Klose,
Ex-Bürgermeister von
Hamburg

13.11.1981 - 19.00 Uhr
Volkshaus BASEL

die Diskussion über die Vision Selbstverwaltung abblocken. Sie sollen den Rahmen für eine neue, breit zusammengesetzte Kommission abstecken, die die Formulierungsarbeiten beim neuen Programm weiterführt und sich auch Gedanken über die Konkretisierung macht.

Wir haben in Sachen programmatischer Arbeit einen ungeheuren Nachholbedarf. Unser Selbstverständnis von Sozialdemokratie ist lädiert. Fragte man vor 50 Jahren nach dem Selbstverständnis, konnte jedes SP-Mitglied ziemlich genau erklären, dass und warum Sozialdemokraten gegen materielle Armut, Ausbeutung und Entfremdung kämpften.

Heute sind diese Erklärungen nicht mehr so einheitlich. Sie würden sehr pluralistisch ausfallen.

Umso mehr ist ein Denkprozess über ein gemeinsames Programm nötig. Hoffentlich erlahmt der Aufbruch zum Denkprozess, den die Programmgruppe mit ihrem Entwurf zweifellos ausgelöst hat, nicht allzu rasch!

Rudolf H. Strahm



Geschäftsleitung

P.G. - Eines der wichtigsten Themen der Geschäftsleitungssitzung vom 2. September war die Behandlung der "Ziele und Grundsätze der SPS-Ausländerpolitik der SP Schweiz". Diese wurden ohne Abänderung im Wortlaut der bevölkerungspolitischen Kommission gutgeheissen, nachdem die Ergebnisse der Vernehmlassungen bei den Kantonalparteien vom Herbst 1980, aber auch eine erste Diskussion der GL im Dezember 1979 verarbeitet worden waren.

In den Schlussbemerkungen des Konzeptes heisst es wörtlich:

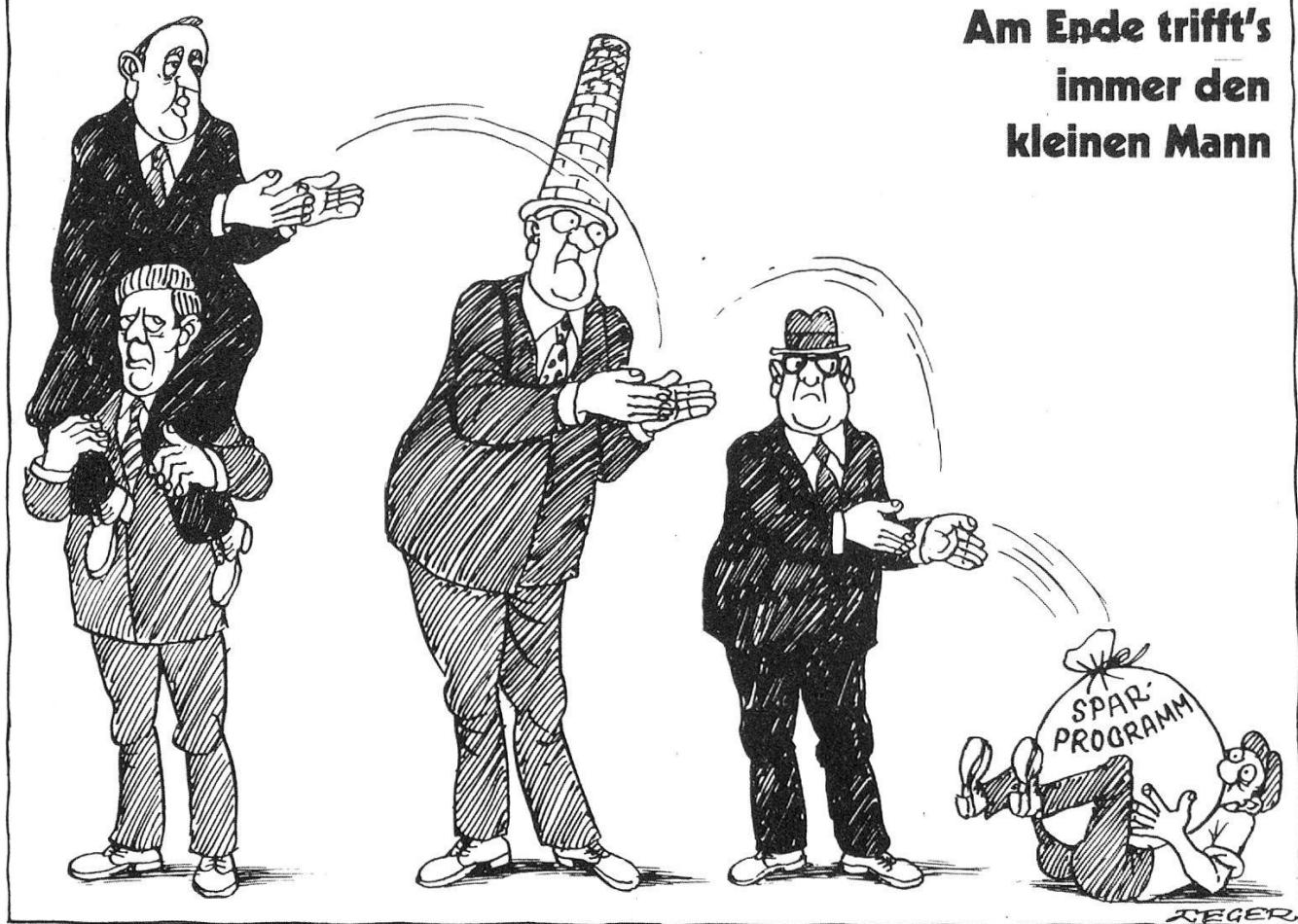
"Eine neue schweizerische Ausländerpolitik muss quantitativ einschränkender und qualitativ viel freizügiger sein. Den psychologischen und sozialen Diskriminierungen und der Entwurzelung, welche die Ausländer treffen, dürfen nicht auch noch wirtschaftliche Benachteiligungen beigelegt werden.

Die Gesamtheit der Lebensbedingungen der Ausländer in der Schweiz muss neu überprüft werden: Die SPS wendet sich gegen die restriktive und polizeiliche Betrachtungsweise. Die Glaubwürdigkeit der Schweizer Sozialdemokratie steht in direkter Beziehung zu ihren Vorstellungen über die Ausländerpolitik."

Das Konzept soll an der ersten Parteivorstandssitzung nach dem Parteitag in Interlaken endgültig verabschiedet werden und kann nachher auf dem SPS-Parteisekretariat bezogen werden.

Der Bevölkerungspolitischen Kommission wurde im übrigen von der GL das Mandat übergeben, nun für die

**Am Ende trifft's
immer den
kleinen Mann**



Umsetzung des Konzeptes für praktische Politik im kommunalen und kantonalen Bereich Vorschläge auszuarbeiten.

Die Bearbeitung der Probleme der ausländischen Bevölkerung ist von vorrangiger Bedeutung, auch wenn das Schweizervolk der "Mitenand"-Initiative ein Nein-Mehr entgegengehalten hat, wie lange nicht mehr in einer Volksabstimmung. Von den rund 20 Millionen Gastarbeitern, die auf der ganzen Welt ihrer Arbeit nachgehen, leben 5 Millionen in Westeuropa. Hinzu kommen die rund 3 Millionen ausländischen Arbeitskräfte auf den Oelfeldern des Mittleren Ostens. Allen gemeinsam ist die schlechte Rechtsstellung in ihren "Gast"ländern. Im Bericht der "Nord-Süd-Kommission" des Genossen Willy Brandt wird denn auch als eine vordringliche Aufgabe der Zukunft die Verbesserung

der Rechtsstellung der ausländischen Arbeitskräfte in den Aufenthaltsländern genannt.



SPParteivorstand

P.G. Der SP Parteivorstand (PV) hat an seiner Klausursitzung am 12./13. September vorab Geschäfte des kommenden Interlakner Parteitages behandelt. Durch den Delegiertenverband sind die Sektionen, Delegierte und Gäste bereits über diese Beschlüsse informiert.

Wohl wichtigster Beschluss für die Sektionen und Mitglieder: gegen die Revision des Strafgesetzbuches im

Bereich der Gewaltverbrechen wird die SP Schweiz das Referendum ergreifen. Aus dem Strafgesetzbuch ist durch diese Revision ein richtiges "Gesinnungs-Schnüffelgesetz" geworden, das dem Hochsicherheits- und Ueberwachungsstaat weit über das für die Terrorismus-Bekämpfung Erforderliche hinaus Tür und Tor öffnet. Die Schweiz ist mit dem gelgenden Instrumentarium ein vom internationalen Terrorismus weitgehend verschontes Land geblieben. Die Strafbarkeit auch für Vorbereitungs-handlungen in jedem Bereich ist eine einschneidende Änderung bisheriger Rechtspraxis. Die schweizerische Arbeiterbewegung hat sich schon in den Zwanziger- und Dreissigerjahren erfolgreich gegen ähnliche Gesetze gewendet, die aus einem übertriebenen Sicherheitsdenken heraus entstanden waren.

Auch beim Gewerkschaftsbund ist man übrigens dabei, sich für dieses Referendum zu entscheiden, da das revidierte Gesetz sich für die Ausübung gewerkschaftlicher Arbeit als verheerendes Gegeninstrument erwei-

sen könnte.

Wir werden die Sektionen zu gegebener Zeit mit Argumentenkatalog, Flugblättern und Unterschriftenbogen beliefern. Das Referendum kann jedoch erst nach Publikation des von den eidgenössischen Räten bereinigten und in der Schlussabstimmung verabschiedeten Gesetzes im Bundesblatt ergriffen werden. Für die Bildung des Referendumskomitees wollen wir überdies den Entscheid des Vorstandes des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes abwarten. Der Parteivorstand entschied jedoch für jeden Fall: Die SP Schweiz wird auch ohne SGB allein und aktiv das Referendum ergreifen.

Für die grosse Arbeit bei der Unterschriftensammlung und im Kampf gegen dieses "Gesinnungs-Schnüffelgesetz" danken wir Euch heute schon.



SP Zentralsekretariat

Zentralsekretär Fritz Tüller verlässt uns

P.A./P.G. Wenn er nicht an Sitzungen weilte, an Tagungen mitarbeitete, an Gesprächen teilnahm, dann sass Fritz Tüller in seinem Büro am Pavillonweg 3 und arbeitete. Unser Kollege, der von der SP Schweiz zum Föderativverband wechselt, war ein stiller, zurückhaltender Mensch, ein Schwerarbeiter hinter den Kulissen. Seine Stärke war nicht das brillante Votum, nicht der beeindruckende Auftritt vor grossen oder

kleinen Gremien. Dem Scheinwerferlicht, vielen Politikern der liebste Aufenthaltsort, wich er aus. Er arbeitete im Hintergrund - beharrlich, ruhig, rasch und effizient, ohne dass man davon wirklich Notiz nahm. Fritz Tüller - das wird man wohl erst spüren, wenn er Ende Oktober sein Büro zusammengeräumt hat und ab 1. November seinem neuen Arbeitgeber, dem Dachverband des öffentlichen Personals seine enor-



me Arbeitskraft zur Verfügung stellen wird - reisst eine grosse Lücke in die Mannschaft, der er sieben Jahre angehörte.

Fritz Tüller schöpft seine Kraft aus einer tiefen Ueberzeugung, dass die Gesellschaft, mithin die Welt verändert werden kann, wenn man nur will. Den deutlichsten Ausdruck dieser inneren Ueberzeugung fanden seine alljährlichen Gefängnisaufenthalte als Strafe für seine Weigerung, Militärdienst zu leisten und Militärpflichtersatzsteuern zu bezahlen.

Sein Arbeitsgebiet umfasste nicht nur die Betreuung der Westschweizer Sektionen, nicht nur die Kontakte zwischen Zentralsekretariat und Fraktion, nicht nur wichtige Kommissionen wie das ganze Gebiet der Rechtssprechung, der Bevölkerungspolitik, der Landwirtschaftspolitik und der Peripheriegebiete - über sein Pult kam auch jeder Text, der von deutscher in französische Sprache übersetzt werden musste. Das waren nicht Dutzende, das waren weit über tausend Seiten jährlich, die nachzuredigieren und zu korrigieren waren.

Wir wünschen Fritz Tüller bei seiner künftigen Tätigkeit viel Glück und berufliche Befriedigung und etwas mehr Musse für seine Familie

und seine Freizeit.

Zentralsekretariat SP Schweiz



SPSektionen

Parteiinterne Bildung

Personenfrage geregelt

Die Geschäftsleitung der SPS hat an ihrer Klausursitzung vom August 1981 die personelle Betreuung der innerparteilichen Bildungsarbeit vorläufig geregelt.

Zentralsekretär Rudolf H. Strahm wird im Rahmen seiner 3/4 Stelle Bildungssekretär der SPS. Mit ihm wechselt auch Ruth Straubhaar in dieses neue Ressort.

Strahm, der bisher u.a. Wirtschafts- und Finanzfragen betreut hatte, behält die Ressorts Entwicklungspolitik und Bankenfragen. Die Betreuung der finanzpolitischen Kommission gibt er an den Fraktionssekretär Jean Noel Rey ab; und für die administrative Betreuung der Wirtschaftskommission ist im Zentralsekretariat neu Heidi Flühmann zuständig.

Für die GL war bei diesem Entscheid ausschlaggebend, dass der Neuaufbau des Bildungswesens in der Partei nicht einer aussenstehenden Person übertragen werden sollte, weil die Durchsetzung besonders auch davon abhängt, wie jemand den Parteiaufbau kennt. Strahm hat sich überdies in pädagogischer Hinsicht bereits betätigt.

Für die spezielle Betreuung der Romandie und der frauenbezogenen Bildungsarbeit wurde noch keine neue Regelung gefunden.

Bildungswesen im Aufbau

Der Aufbau von Bildungsausschüssen in jenen Kantonalparteien, die noch keine interne Bildungsarbeit haben, soll ab 1982 beginnen. Die SPS bietet 1982 für Bildungsverant-

wortliche aus den Kantonalparteien mehrere Kurse an. Diese sollen dann als Kerngruppe in ihrem Kanton die Ausbildung von Verantwortlichen in den Sektionen durchführen können.
Erkundigungen beim Zentralsekretariat oder beim kantonalen SP-Sekretariat.



Die SP Schweiz zur Neutronenbombe und zum Rüstungstechnologischen Wettkauf

Die jüngste waffentechnische Entwicklung, angeführt durch beide Supermächte, die USA und die UDSSR, und der eskalierende atomare Rüstungswettlauf haben die Schwelle der Vernunft längst überschritten. Die Kontrolle über die gigantischen militärischen Vernichtungspotentiale entgleitet den Grossmachtstragern in West und Ost zusehends. Jegliches Leben in Europa und damit in unserem Land ist heute ständig und existenziell bedroht.

Das Bereitstehen von hunderten sowjetischen atomaren SS-20-Raketen in Europa, die geplante Stationierung in unserer Nachbarschaft von amerikanischen Cruise Missiles und von Pershing-II-Raketen programmieren unseren Erdteil zum Atomkriegsschauplatz auf Zeit. Diese menschenverachtenden Pläne, insbesondere aber die in den USA zurzeit anlaufende Massenproduktion der materialschonenden Neutronenbombe, drohen die Friedensarbeit aller, die sich für das lebenswichtige Interesse an weniger Rüstung in West und Ost einzusetzen, zur Illusion zu machen.

Im Unterschied zu den herkömmlichen nuklearen Sprengkörpern vernichtet die Neutronenwaffe Menschen durch ein Sterben über Stunden, Tage und Monate, während sie gleichzeitig materielle Einrichtungen - Gebäude, Maschinen, Waffen und Panzer - "verschont". Abgeschossen wird die Waffe mit Raketenwerfern und Hauibitzen mit geringer Reichweite (30 bis 120 km), was bedeutet, dass sie aus der Sicht der Machtstrategen insbesondere in Europa "sinnvoll" zu stationieren wäre. Der Plan, die Kommandogewalt über deren Einsatz auf die Ebene der Frontkommandeure zu verlegen, bedeutet ferner, dass die Einsatzschwelle von Atomwaffen gesenkt und noch unkontrollierbarer als bisher werden könnte. Der USA-Produktionsbefehl für die N-Bombe kann nur bewirken, dass die vorhandene Hochspannung zwischen den Blöcken, zwischen Nato und Warschauer Pakt, verschärft und eine Rüstungskontrolle in Europa schon vor Beginn torpediert wird. Die SP Schweiz verurteilt diesen folgenschweren Entscheid der US-Regierung aufs Entschiedenste.

Die alarmierende Lage muss jeden verantwortungsbewusst um Europa besorgten Menschen aufrütteln und zum Handeln mobilisieren.

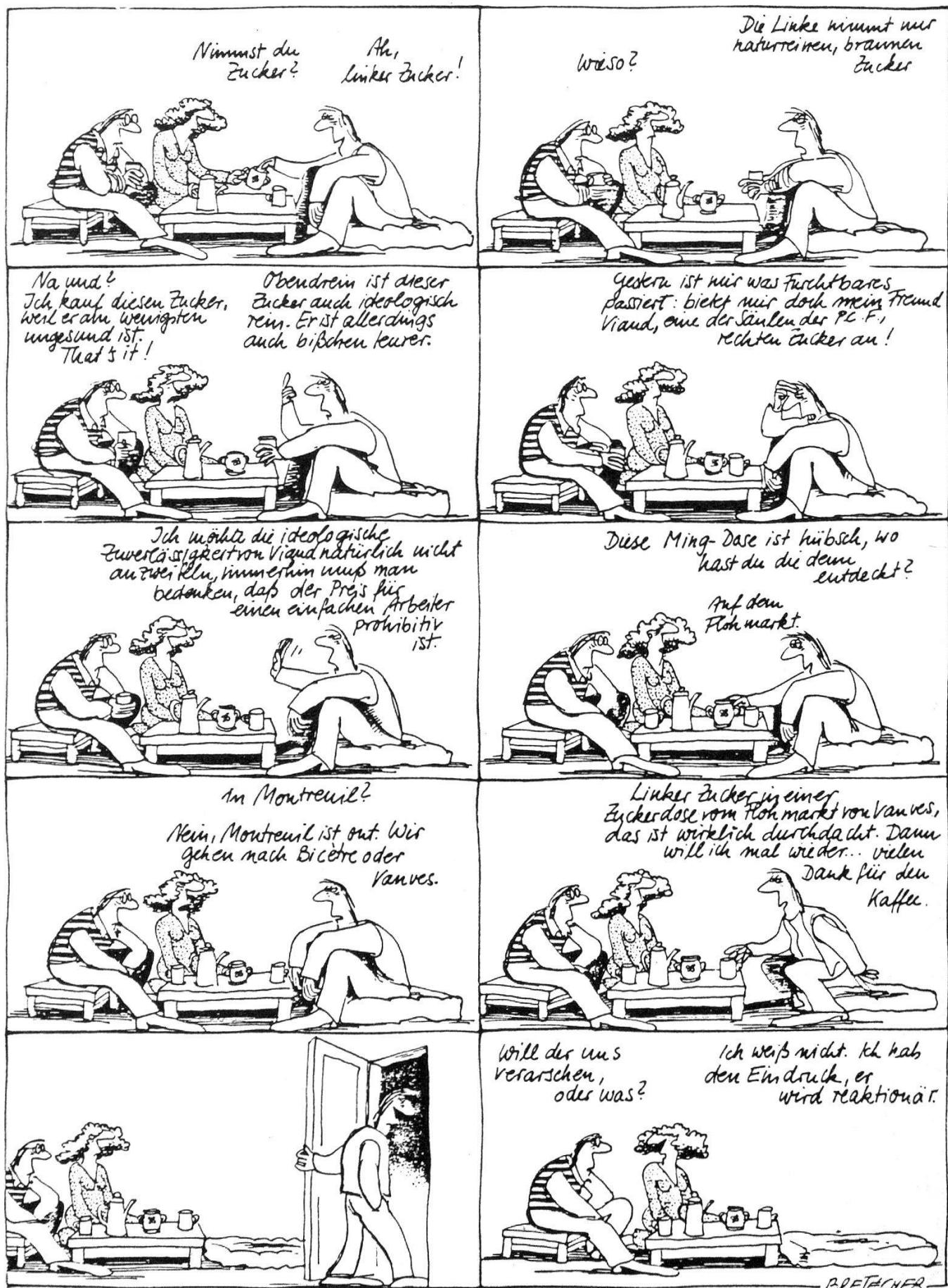
Der einzige Ausweg aus dem gegenseitigen Wettlauf in die Katastrophe bieten politische Lösungen. Die SP Schweiz appelliert an die Grossmächte, an die Nato- und Warschaupaktstaaten sowie an die neutralen Staaten, die Verhandlungen im Rahmen der Europäischen Abrüstungskonferenz zur Schaffung vertrauensbildender Massnahmen im militärischen Bereich

und zur Realisierung einer echten Rüstungsbeschränkung und Abrüstung unverzüglich aufzunehmen. Sie fordert eine Initiative von IKRK und Bundesrat zur Achtung der Neutronenbombe und sämtlicher Atomwaffen durch alle Nationen der Welt.

Die Solidarität der Werktätigen über alle Grenzen hinweg muss und wird sich als erfolgreicher erweisen als die in Ideologien und Blockdenken entfremdeten Regierungen. Für uns ist der Friede das Wichtigste.



LINKER ZUCKER



Lay-out: Mara Bäschlin

Parteiinterne Vernehmlassung zur SPS-Programmrevision

Einige Ergebnisse aus der internen Programmvernehmlassung

C.B. Am Parteitag 1976 in Montreux fiel der Grundsatzentscheid, die SPS habe ihr Programm unter dem Motto "Bruch mit dem Kapitalismus" zu revidieren und den heutigen Erfordernissen anzupassen. Die von der Geschäftsleitung bestellte kleine Arbeitsgruppe reichte dann im Jahre 1979 ihren Programmentwurf ein. Nach eingehender Diskussion beschlossen später die Geschäftsleitung und der Parteivorstand, diesen Entwurf - zusammen mit kommentierenden Materialien - einem parteiinternen Vernehmlassungsverfahren zu unterziehen. Bis zum Juli 1981 hatten alle Sektionen und Kantonalparteien Gelegenheit, ihre Eindrücke zum umfangreichen "Dossier SPS Programmrevision" zu formulieren. Seit einem Monat liegt nun die Auswertung der Vernehmlassungsresultate vor.

Bemerkenswert ist zunächst das beachtliche Interesse, das die Programmrevision in der Partei und ausserhalb fand und findet. Seit dem Vorliegen der Programmschrift sind mehr als 5'000 Exemplare im Umlauf. In allen Landesteilen erschienen seither zahlreiche Kommentare und Beiträge in der Presse. 175 Sektionen und Kantonalparteien verfassten zum Teil sehr umfangreiche Vernehmlassungstexte.

Obwohl sich andererseits manche Sektionen schriftlich noch nicht geäussert haben, weiss man von einer grossen Zahl, dass sie intern mitten im Meinungsbildungsprozess

steht.

Aufgrund des ursprünglichen Projekttextes, der Vernehmlassungsresultate und des inzwischen - darauf basierend - vom Parteivorstand ver-



TROTZKISTEN



"DRAMA
in zwei Akten"

fassten Grundwertpapiers, wird der schweizerische Parteitag am 17./18. Oktober 1981 in Interlaken eine erste grosse öffentliche Diskussion führen. Es geht darum, für die weitere konkrete Programmarbeit die politischen Schwerpunkte zu setzen, den Rahmen abzustecken, innerhalb dessen sodann eine erweiterte Programmkommission ein prägnantes Grundsatzprogramm für die kommenden Jahrzehnte als auch einen detaillierten Begleittext zu allen praktischen Bereichen er-

arbeiten wird. Der Parteivorstand schlägt vor, am Parteitag 1982 (November) einen definitiven Programmentscheid herbeizuführen.

Einige Ergebnisse aus der internen Programmvernehmlassung.

Unabhängig davon, ob die vorgeschlagene Hauptstossrichtung Selbstverwaltung unterstützt oder abgelehnt wird, begrüssen die Sektionen praktisch einhellig die Programmrevision. Die grosse Mehrheit hält das heutige Programm von 1959 für überholt.

Die Hauptfrage, inwiefern das Prinzip Selbstverwaltung (SV) als Hauptstossrichtung in das künftige SPS-Programm Eingang finden soll, wird wie folgt beantwortet:

- 53,5 % befürworten SV als Programm-Hauptstossrichtung,
- 29,5 % lehnen den Einbau dieses Prinzips ab, während
- 17 % in dieser Frage unschlüssig sind.

Eine Mehrheit der Befragten unterstützt und begrüsst somit die tragende Idee des Programmentwurfs. Diese Zustimmung wird allerdings



begleitet von zahlreichen Bedenken: Manches erscheint vielen noch neu (z.B. Planungs- und Marktlenkungsprobleme in der selbstverwalteten Gesellschaft, die Realisierung von SV in Grossbetrieben, die Rolle der Gewerkschaften usw.). Die Empfehlung des Parteivorstandes, in einer weiteren breiten Diskussionsphase Unklares weitergehend zu überdenken und klarer auszuformulieren, ist daher sicherlich berechtigt.

Allgemein ist der Wunsch zu erkennen, parallel zum Leitgedanken der SV weitere Stossrichtungen vorzusehen sowie Zwischenetappen, konkrete Wegmarken zur Hauptzielrichtung aufzuzeigen. Am häufigsten werden dabei die Mitbestimmung auf allen Ebenen, Schwergewichte im Bereich der Umweltpolitik/Oekologie, der Arbeitsplatz-/Arbeitszeitpolitik/Arbeitsteilung und Strategien zu einer offeneren Bündnispolitik (Minderheitsgruppen, Bürgerinitiativen) angeführt. Die Hinweise auf Ansatzbereiche für die SV sind überaus zahlreich. Am meisten genannt werden das Fördern alternativer Betriebe (Kleingewerbe/Quartierläden usw.), sodann Anknüpfungsmöglichkeiten in den Bereichen Schule, Wohnbauwesen, Gewerkschaft, Familie, Sport und Kultur, Arbeitsplatzgestaltung, Gesundheitswesen/Altersbetreuung, lokale Transportdienste, Kirche und natürlich im Bereich der Partei. In diesem Zusammenhang findet sich übrigens häufig der Wunsch, das Verständnis an SV zu verbreitern und Wege dazu aufzuzeigen müsse Hauptanliegen der dringend notwendigen und nun neu vorgesehenen parteiinternen politischen Bildung und Basisschulung sein.

Weitere wichtige Vernehmlassungsfragen bezogen sich konkret auf den



vorgelegten Programmtext der Arbeitsgruppe (Umfang, Gestaltung, Gliederung, Sprache etc.). Folgende Teilgesamtheiten bewerteten den Entwurf

- GUT (praktisch kritiklose Uebernahme - höchstens mit geringfügigen Er-gänzungen): 11,6 %
- KRITISCH (als Revisionsaus-gangsbasis brauch-bar, hingegen nicht in vorliegender Form als Programm verwendbar): 56,6 %
- GRUNDSAETZLICH ABLEHNEND: (neu und anders beginnen): 31,8 %

Könnte sich also eine respektable Mehrheit mit der Uebernahme des aus-führlichen Projektes als künftiges Parteiprogramm nicht abfinden, so anerkennen doch Befürworter und Gegner übereinstimmend die animie-rende und mobilisierende Wirkung

des vorgelegten Textes: er zwinge zum Nachdenken und wecke kreatives Potential in dem seit längerer Zeit parteintern nur gering bearbeiteten Bereich der Theorie- und Zieldiskussion.

Ebenso übereinstimmend (96,5 %) beurteilt man allerdings die sprachliche Verständlichkeit des Dokuments als ungenügend bis schlecht. Die Frage, ob sich das vorgelegte Projekt als brauchbare Grundlage für einen Parteitagentscheid eigne, wird nur in rund der Hälfte der Einsendungen beantwortet: Mit einer Ausnahme wird diese Frage klar verneint. Dennoch vertreten zwei Drittel der insgesamt stel-lungnehmenden Sektionen die Meinung, der Entwurf müsse in der Programmdiskussion als Bezugsbasis weitere Verwendung finden.

Was die Gliederung eines neuen Par-teiprogramms betrifft, so wünscht sich die Mehrheit der Befragten einerseits einen kurzen, überblick-baren und prägnanten Text mit wenigen Grundsatzaussagen, Leitlinien und ergänzend dazu andererseits einen konkret und praxisnah formu-lierten, ausführlicheren Forderungs-teil (kurz- und mittelfristig), der in Teilen periodisch fort- und fest-geschrieben werden könnte. Aus-gehend von diesem Wunsch legt der Parteivorstand nun im Hinblick auf den Parteitag 1981 den Delegierten unter anderem ein kürzeres Leit-liniengesetz mit 10 Hauptthesen (als Aufträge zuhanden der kommen-den Programmarbeit) vor.

Der ausführliche Auswertungstext zur Programm-Vernehmlassung kann beim Zentralsekretariat SPS bezogen werden.



Ja zur Regierungsbeteiligung – Ja zur obligatorischen Dienstpflicht der Männer

P.G. Nicht ganz die Hälfte der Sektionen haben die Fragebogen zur Regierungsbeteiligung und zur Dienstpflicht beantwortet und an die SP Schweiz eingeschickt. Grundsätzlich haben die Frage "Wie stellt Ihr Euch zur Regierungsbeteiligung" 365 Sektionen mit JA und 10 mit NEIN beantwortet. Beim Bund bejahen die Regierungsbeteiligung 349 Sektionen, 16 lehnen sie ab, bei den Kantonen ist das Verhältnis 361 : 7 und bei den Gemeinden 365 : 5.

Aufgrund eines Antrages am Genfer Parteitag 1980 ist auch die Umfrage betreffend die Dienstpflicht bei Frauen und Männern durchgeführt worden. Gefragt wurde, ob man die obligatorische bzw. freiwillige Dienstpflicht bei Frauen und Männern bejahe oder verneine. Hier sieht das Resultat wie folgt aus:

<u>FUER MAENNER</u>		<u>FUER FRAUEN</u>	
obligato-	frei-	obligato-	frei-
risch	willig	risch	willig
322*	28*	6*	335*
=====	=====	=====	=====

*Sektionen

Es darf augrund dieses deutlichen Resultates sicher gesagt werden, dass die Beteiligung der SP an den Regierungen von Bund, Kantonen und Gemeinden von der grossen Mehrheit der Sektionen gutgeheissen wird. Die wenigen ablehnenden Antworten lassen sich auch nicht auf einige

"Problemkantone" reduzieren, sondern verteilen sich auf rund 10 Kantone. Aus der Umfrage über die Dienstpflicht lässt sich ableiten, dass das kritische JA der SP zu unserer Milizarmee, wie es seit Jahren auf allen Ebenen der Partei verfochten wird, von der "Basis" bestätigt worden ist. Aber auch die Politik der SP-Frauen, die NEIN zu der von bürgerlichen Kreisen diskutierten obligatorischen Dienstpflicht der Frauen sagen, ist voll und ganz bestätigt worden.

Die detaillierten Tabellen über die Umfrageergebnisse können im SPS Zentralsekretariat, Postfach 4084, 3001 Bern, bezogen werden.



Aussenpolitische Tagung SPS, 1981

Seit vielen Jahren erstmals wieder laden GL und PV der SPS ein zu einer aussenpolitischen Tagung unter dem Arbeitstitel

"EUROPA ALS KRIEGSSCHAUPLATZ ODER ALS BRUECKE ZWISCHEN OST UND WEST, NORD UND SUED".

Die Tagung steht im Zeichen der Information und parteiinternen Mobilisierung im Bereich der Aussenpolitik. Hauptthema ist die aktuelle Situation in Europa - zu einem Zeitpunkt, in dem die Rüstungsspirale und die Spannung der internationalen Lage neuen Höhenpunkten zustreben und wie kaum zuvor für Europa und unser Land existenzielle Bedeutung erlangen.

Organisiert wird die Veranstaltung durch die SPS-Kommission für Aussenpolitik. Die informativen Plenumsverhandlungen (u.a. mit Referaten von Egon Bahr, SPD, und eines prominenten Referenten aus dem französischen Sprachbereich) wird ergänzt durch drei Gruppendiskussionen zu den Themenkreisen Sicherheitspolitik in Europa, Hegemonialstrebem der Grossmächte versus Europäische Intergration, Spannungsherd Europa und die Dritte Welt. Das Schwergewicht liegt auf dem Aufzeigen praktischer Auswirkungen und Forderungen auf bzw. an die Schweiz.

Die Tagung findet statt:

SAMSTAG, 21. NOVEMBER 1981, AULA DES WELTPOSTVEREINS,
BERN, BEGINN 10.00 UHR, SCHLUSS CA. 17.00 UHR.



Anmeldungen bitte bis spätestens 9. November 1981 an das Sekretariat
Eurer Kantonalpartei.

Organisatorische Kosten: zu Lasten der SPS. Kosten für Reise, Verpflegung und ev. Unterkunft: zu Lasten der Teilnehmer. Die Teilnehmer erhalten rechtzeitig alle Tagungsdokumente direkt vom Zentralsekretariat zugestellt.

Wir hoffen, dass sich möglichst viele Genossinnen und Genossen zu einer definitiven Anmeldung entschliessen werden.

PARTEIVORSTAND SP SCHWEIZ
GESCHAEFTSLEITUNG SP SCHWEIZ



"AUSSENPOLITISCHE TAGUNG SPS, 1981"
EINSENDEN AN: KANTONALSEKRETARIAT DEINES WOHN SITZ KANTONS !

Ich werde an der SPS-Tagung für Aussenpolitik, 21.11.1981 in Bern, teilnehmen und wünsche die Zustellung der Tagungsdokumentation.

NAME (BLOCKSCHRIFT) :

GENAUE ADRESSE (INKL.PLZ) :

..... Unterschrift :

Aus der Presse

Wie alle grossen schweizerischen Tageszeitungen hat auch der «Tages-Anzeiger» über die Konsultative Frauenkonferenz in Bern über die Strukturen der SPS-Frauenorganisation berichtet. Zu Eurer Information geben wir hier diesen Bericht wider.

Zentralkonferenz der Sozialdemokratischen Frauen Schweiz in Bern

«Stellung der Frau in der SP unbefriedigend»

Von einer Tagung ist zu berichten, bei der die Rahmen- und Begleitumstände aussagekräftiger sind als die Resultate. Denn erstens trugen die Resultate eine gewisse aus dem Moment heraus geborene Zufälligkeit an sich. Zweitens können sie nicht definitiv sein, weil die Versammlung nur konsultativen Charakter hatte.

Die Rede ist von der Zentralkonferenz der Sozialdemokratischen Frauen Schweiz am Samstag im Berner Kursaal. Es ging, grob gesprochen darum, ob auf nationaler Ebene die SP-Frauenorganisation abgeschafft und die Arbeit ganz in die Gesamtpartei eingebracht werden solle – oder ob man im Gegenteil das Gewicht der weiblichen Parallelorganisation verstärken wolle.

Die heutigen Verhältnisse sind von Yvette Jaggi, Waadtländer Nationalrätin und Präsidentin der schweizerischen SP-Frauen, kürzlich so umschrieben worden: «Wir sind uns alle darin einig, dass die gegenwärtige Stellung der Frauen innerhalb der SP unbefriedigend ist. Jede von uns weiß aus Erfahrung, wie schwierig es vor allem in den Sektionen ist, neue Frauen zu rekrutieren: Überall sind sie in der Minderheit, und man schenkt den so genannten typischen Frauenfragen wenig Beachtung» («S rote Heftli» 6/81). Die Frauen stellen innerhalb der SP, nebenbei erwähnt, etwa ein Fünftel der Mitglieder.



Ein «heisses» Papier namens «Strukturreform» kam an der Zentralkonferenz auf den Tisch. Es ist noch im letzten Jahr von Yvonne Lenzlinger (Hausen ZH), Gret Haller (Bern) und Erica Burkhalter (Basel) ausgearbeitet worden und enthält folgende erbarmungslose Analyse: Wenn es um Themen geht, welche die Frauen besonders betreffen, dann werden sie von der Gesamtpartei gerne an die SP-Frauenorganisation delegiert – oder vielmehr abgeschoben, marginalisiert. Was einmal den Stempel «Frauensache» trägt, kümmert die Gesamtpartei kaum mehr. Das ist um so gravierender, als die Frauenorganisation längst nicht alle weiblichen SP-Mitglieder umfasst (manche Nationalrättinnen gehören beispielsweise nicht dazu).

Laut Vorschlag Lenzlinger/Haller/Burkhalter sollen die Frauengruppen auf unterer Ebene – lokal, regional, allenfalls auch kantonal – beibehalten werden. Denn sie bieten einen guten Einstieg für all jene, die zunächst Hemmungen haben, sich in gemischten Gremien frei zu äußern; Mobilisierung und (Meinungs-)Bildung der Frauen haben hier ihren Schwerpunkt. Die eigentliche Frauenpolitik, besonders auf nationaler Ebene, soll aber innerhalb der Gesamtpartei stattfinden, auf genau denselben Wegen und Kanälen, auf denen sich die restliche Politik auch bewegt.

Die Zentrale Frauenkommission der SP (15 Mitglieder), die sich in ihrer Existenz gefährdet sah, stellte dem Papier

einen Antrag in umgekehrter Richtung gegenüber (vorgestellt von Rita Gassmann): Sie wollte eine Verstärkung der Frauenorganisation auf nationaler Ebene – unter anderem durch einen Frauenrat, dem neben den Delegierten aus den Kantonen auch alle National- und Ständerättinnen sowie Vertreterinnen aus dem Parteivorstand angehören müssten.



An der Konferenz in Bern geschah dann das Erstaunliche, dass sowohl das eine wie das andere Papier beiseite gelegt wurden. Zustimmung fand dafür ein Vorschlag der SP-Frauengruppe der Stadt St. Gallen: «Für eine Übergangszeit von drei Jahren sollen die bestehenden Frauenstrukturen ergänzt werden durch Anstrengungen, die Frauenanliegen in die Partei hineinzutragen (Integrationskurs) im Sinn der Anregungen des Papiers der Arbeitsgruppe «Strukturreform»». Also sozusagen der Fünfer und das Weggli, Beibehaltung des Alten und Erprobung von etwas Neuem. An den Erfolg dieses Vorschlags hätte man zunächst kaum gedacht. Er wurde nämlich nur zögernd, kreisend, ungenau vorgetragen und erst hinterher, auf Aufforderung der Konferenzleitung hin, schriftlich fixiert.

Angenommen wurde auch ein radikaler Vorstoss von Elisabeth Graves (Winterthur), der sich substantiell an ein Papier der SP-Frauengruppe Genf anlehnt: «Die Zentralkonferenz der SP-Frauen Schweiz in Bern unterstützt die Bemühungen der Feministinnen in der SP, feministische Vollversammlungen abzuhalten, und setzt sich am SPS-Parteitag ein für

- feministische Vollversammlungen,
- eine SPS-Fachkommission «Feministische Kommission»,
- das Minderheitsantragsrecht der Feministinnen auf allen Ebenen,
- das Versammlungsrecht der Feministinnen auf allen Ebenen.»

Was das konkret für die Zukunft der SP-Frauen bedeutet, wer solche feministische Vollversammlungen einberufen soll und was sie aufs Tapet bringen werden, das lässt sich gegenwärtig nicht abschätzen. Es kann viel oder nichts sein.

Sehr lebendig aber ist die Frage im Hintergrund geblieben, ob und wie sich Feminismus und Sozialismus, Feminis-

mus und Parteiarbeit überhaupt miteinander verbinden lassen. Es handelt sich um einen alten Streit, dem schon vor



zweieinhalb Jahren eine Arbeitstagung der SP-Frauen Schweiz gewidmet war. Heute liegen die Standpunkte so weit auseinander wie eh und je. «Wir wollen eine feministische Bewegung», schrieb beispielsweise die Frauengruppe der Genfer SP in ihrem Papier, das sie am Samstag in die Runde brachte, und fügte hinzu: «Leider (...) müssen wir feststellen, dass zwischen Feminismus und Sozialismus eine Kluft besteht. Erstens führt nun einmal das marxistische Schema des Klassenkampfs nicht zur Ichwerdung und kann vor allen Dingen nicht im Hinblick auf die Befreiung der Frauen angewandt werden: Sie werden als Frauen diskriminiert, von Männern, ob sie nun Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sind.» Eine Frau aus St. Gallen meinte angesichts solcher Worte, es bestehe offenbar ein West-Ost-Gefälle: Töne, die in der Universitätsstadt Genf adäquat seien, wären in einem Dorf in der Ostschweiz nicht möglich, auch wenn die Ziele ungefähr die gleichen blieben.

Und während die einen finden, Sozialismus brauche feministische Streitbarkeit, glauben andere, profilierter Feminismus sei doch eher Sache der autonomen Frauenbewegung (Ofra, FBB). Manche gehen so weit, dem Feminismus innerhalb der SP jede Hoffnung abzusprechen, weil die Basis, und nicht nur die männliche, darauf nicht eingestimmt sei. Yvette Jaggi, auf die Spannung Partei-Feminismus angesprochen, erklärte in Bern: «Für mich hat die Partei Priorität, aber ich kann andere Haltungen respektieren.» Für sie bleibe es im übrigen wünschenswert, dass die SP-Frauenorganisation Schweiz einmal überflüssig werde – doch sei die Zeit noch nicht soweit.

Marlies Streh

Interessengemeinschaft für
ein öffentliches Volkshaus

IG PRO

Association pour une utilisation
publique de la Maison du Peuple

VOLKSHAUS

A U F R U F zur Unterstützung des Bieler Volkshauses

Das Bieler Volkshaus ist für die Arbeiterbewegung ein wichtiges Gebäude. Heute steht es praktisch leer und ist im Konkurs. Wahrlich nichts Rühmliches wenn man bedenkt, dass es vom architektonischen Standpunkt aus nicht nur in der Schweiz, sondern auch und vor allem im Ausland von grosser Bedeutung ist. Es muss also erhalten bleiben.

Am 16.9.1981 wurde in Biel eine Interessengemeinschaft für ein öffentliches Volkshaus (IG PRO VOLKSHAUS) gegründet, die zum Ziele hat, das Volkshaus zu retten und aus ihm ein Begegnungszentrum für kulturelle Organisationen, Vereine und Gewerkschafter zu machen. Nicht mehr und nicht weniger. Die IG PRO VOLKSHAUS wird noch diesen Herbst eine Gemeindeinitiative in Biel zum Erhalt und zur Ueberführung des Hauses in den Besitz der Stadt Biel einreichen. Die IG PRO VOLKSHAUS wird auch die Möglichkeit prüfen, ob das Volkshaus nicht ein Begegnungszentrum für alle Landesteile und -sprachen werden könnte. Hiezu würde sich Biel als zweisprachige Stadt bestens eignen.

Die IG PRO VOLKSHAUS braucht die Unterstützung breitester Volkskreise. Deshalb der Aufruf in der Roten Revue an alle interessierten Personen, Vereine und SP-Sektionen, entweder Mitglied des Vereins zu werden oder im Unterstützungsverein mitzumachen.

Wir appellieren an die Solidarität der fortschrittlichen Kräfte in diesem Land, die auch meinen, dass unser Volkshaus erhalten bleiben soll. Es gibt Interessenten aus der Privatwirtschaft, die aus dem Volkshaus ein Geschäftszentrum machen möchten. Das will die IG PRO VOLKSHAUS nicht.

Wir bitten Sie, den Fragebogen zu auszufüllen und uns umgehend zurückzuschicken. Dafür danken wir allen schon jetzt sehr herzlich.



IG PRO VOLKSHAUS
Der Präsident
Hugo Lehmann
Hugo Lehmann, Biel

Fragebogen

Ich interessiere mich für eine Mitgliedschaft*
in der IG PRO VOLKSHAUS BIEL

Ja/Nein

Unsere Sektion interessiert sich für eine Mit-
gliedschaft in der IG PRO VOLKSHAUS

Ja/Nein

* (Beiträge Einzelpersonen Fr. 10.--)
(Beiträge iuristische Personen Fr. 20.--)

Kontaktadresse

..... Tel. :

Zurück an: Hugo Lehmann, Flurweg 14, 2504 Biel